

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM, (halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachpost: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft, Geschäftsleitung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

3. Jahrgang Freitag, den 11. November 1927 Nummer 263

Abreise der russischen Arbeiter Gewaltige Kundgebung der Berliner Arbeiter für die UGGA

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Abschiedskundgebung anlässlich der durch den Bürgerhof und die sozialdemokratischen Pressenminister erzwungenen Abreise der ersten russischen Arbeiterdelegation wurde zu einer imposanten Demonstration für die Sowjetunion. Große Arbeitertrupps waren direkt von den Arbeitsstellen nach dem Schlesischen Bahnhof geeilt. Rote Frontkämpfer rückten in Kolonnen an. Viele rote Fahnen umsäumten den Bahnhof, der von einem starken Polizeiaufgebot des Herrn Jürgel abgeperrt war. Von stürmischem Beifall der vielen Tausende begrüßt, ergriß der russische Arbeiter Semionoff das Wort:

„Genossen! Ich grüße euch zum Abschied im Namen des russischen Proletariats. Wir waren hierher gekommen, um zu sehen, wie es im demokratischen Deutschland um das Wohl und Wehe der Arbeiter steht. Wir haben in der kurzen Zeit unseres Aufenthaltes gesehen, wie der Arbeiter wohnt und lebt, und wie die Bourgeoisie wohnt und lebt. Dabei haben wir schon zur Genüge kennengelernt, was Demokratie heißt. Vor zwei Jahren hat der sozialdemokratische Vorwärts geschrieben,

die Bolschewisten sollen einmal ihre Arbeiter nach Deutschland lassen, damit sie die Verhältnisse hier sehen können. Jetzt, wo wir gekommen sind, sorgen die SPD-Minister in Preußen dafür, daß wir keine Aufenthaltserweiterung bekommen.

Weißgardistische Offiziere dagegen haben in Kolonnen Aufenthaltserberechtigung in der Republik. Diese Maßnahme der deutschen Bourgeoisie, uns nicht mit deutschen Arbeitern in Beziehung zu bringen, zeigt, daß sie uns fürchtet, daß sie Angst hat. Aber angeht es der vielen Tausenden von Versammelten, die mit uns sind,

besteht bei uns die Hoffnung, daß auch in Deutschland die Zeit kommen wird, wo die Bourgeoisie keine Häse mehr verweigern kann.

Es lebe die deutsche Arbeiterklasse und die Einheitsfront des Weltproletariats!
Es lebe die Sowjetunion!

Nicht endenwollender Beifall brauste über den Bahnhof nach. Immer wieder erscholl der Ruf vieler Tausender von Rufen: „Es lebe die Sowjetunion! Nieder mit dem Bürgerhof!“ Unter den Klängen der „Internationale“ wurden die

drei russischen Genossen auf den Schultern der Arbeiter in den Bahnhof getragen, während draußen immer neue Tausende in Hochrufe ausbrachen.

Die Moskauer Arbeiter fordern den Ausschluß der Opposition

Moskau, 9. November 1927.

Es wurde nachstehender Beschluß des Bureaus des Moskauer Komitees der KPSU in der Frage der politischen Ergebnisse der Demonstration des Moskauer Proletariats am zehnten Jahrestage der Oktober-Revolution und in der Frage der Strafentbindung der trotzkistischen Opposition veröffentlicht:

„Das Bureau des Moskauer Komitees der KPSU stellt fest: Die Demonstration der Kräfte des Moskauer Proletariats am zehnten Jahrestage der Oktober-Revolution hat die enorme politische Begeisterung und das volle Vertrauen der Millionenarmee des Moskauer Proletariats zur Partei gezeigt. Das Moskauer Proletariat demonstrierte seine Ergebenheit der internationalen Revolution gegenüber und bezugte eine Kraft und seinen unerschütterlichen Willen zum sozialistischen Aufbau. Die Versuche der trotzkistischen Opposition, eine Gegenemonstration von zerstückelten Häuflein jüggeloser Fraktioneller zu organisieren, erlitten eine schmachvolle politische Niederlage. Dieses Hervortreten der Opposition durch Gegenemonstration gegen die Partei am zehnten Jahrestage der Oktober-Revolution kann das Moskauer Komitee nicht anders einschätzen als eine sowjetfeindliche Aktion, die zur Unterhöhlung der Diktatur des Proletariats führt.

In Anbetracht dessen, daß die Tätigkeit der Opposition in der gegenwärtigen Periode die Tätigkeit einer zweiten, nicht bolschewistischen, sondern trotzkistisch-menschewistischen Partei darstellt, erachtet das Moskauer Komitee der KPSU den Ausschluß der Oppositionsführer Trocki, Sinowjew, Kamenew, Smilga und anderer sowie aller aktiven Spalier für notwendig, als eine Maßnahme, die sich gegen die Organisierung einer neuen Partei und gegen einer legalen politischen Arbeit antisowjetistischer Elemente richtet.

Das Bureau des Moskauer Komitees der KPSU hält die Befassung der Oppositionsführer auf verantwortungsvollen Posten des Sowjetstaates, die von ihnen zum Kampfe gegen die Partei und zu ihren fraktionellen und spalterischen Zielen ausgeübt werden, für unmöglich.

Das Bureau des Moskauer Komitees der KPSU erachtet für notwendig, diesen Antrag unverzüglich dem ZK der Partei zu unterbreiten.“

Solidaritätsstreik der Berliner Tabakarbeiter

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf Grund des provokatorischen Aussperrungsbeschlusses der Zigarrenfabrikanten für den 12. November sind heute ein Drittel der in Berlin beschäftigten Tabakarbeiter in den Proteststreik eingetreten.

Die Bewegung der rheinischen Textilarbeiter

Dortmund, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorsitzende des amtlichen Schlichtungsausschusses für das Bergische Land hat beide Parteien im Konflikt der rechtsrheinischen Textilindustrie für heute früh 9.30 Uhr zu Verhandlungen nach Dortmund geladen. Dieser Schritt geschah auf Eingreifen der Oberbürgermeister von Elberfeld und Barmen. Die Verhandlungen sollen in Dortmund stattfinden, weil dort gegebenenfalls gleich die Verbindlichkeitsklärung des etwa ausgesprochenen Schlichters erfolgen kann, da der Dortmunder Schlichter hierfür zuständig ist.

Die SPD-Führer gegen Listenverbindung

Die KP hatte den Braunschweiger sozialdemokratischen Führern den Vorschlag gemacht, zur Sammlung der Reststimmen für die Landtagswahl am kommenden Sonntag eine Listenverbindung vorzunehmen. Die SPD-Führer erklärten darauf, daß sie eine Listenverbindung mit der KPD ablehnen. Diese Ablehnung erfolgt, weil die SPD-Führer ihre Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien aufrecht erhalten wollen. Deswegen opfert man die Stimmen der Arbeiter.

Amerika lehnt einen Völkerverbündler zur panamerikanischen Konferenz ab

III. New York, 10. November. Auf Genes Meldungen, wonach Ligatze, die Entsendung eines Beobachters zur panamerikanischen Konferenz wünscht, erklärte das Washingtoner Staatsdepartement so ungewandelt wie möglich, daß ein der-

artiger Beobachter des Völkerverbundes unerwünscht sei, da die paneuropäische Konferenz überhaupt nichts mit dem Völkerverbund zu tun habe.

Die Landplage

Hochverratsprojekte.

Petzsig, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Donnerstag füllte der 4. Straßensatz des Reichsgerichts ein schamloses Klassenurteil. Wegen der Weitergabe einer Schrift „Für die Republik“ wurde Genosse Steru aus Cannstadt unter Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat gestellt und zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Mit der Weitergabe eines einzigen Exemplars einer Schrift an einen Dritten soll er sich der Verletzung von Petzsig und Reichswehr schuldig gemacht haben.

Zerrurteil gegen ungarische Kommunisten

Budapest, 9. November.

Heute wurde das Urteil des Gerichtshofes gegen Szanto und Genossen verkündet. Die meisten Angeklagten wurden des Verbrechens des gewalttätigen Umsturzes der herrschenden Ordnung schuldig gesprochen.

Jozsan Szanto wurde zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Verlust der politischen Rechte verurteilt. Stefan Wagi zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Verlust der politischen Rechte, Stefan Gajzola und Johann Kressl zu je vier Jahren, Alexander Pohl zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus. Dreißig der anderen Angeklagten wurden zu 9 Monaten bis 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, zehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Während der Verlesung des Urteils kam es zu großen Demonstrationen der Angeklagten. Die Angeklagten riefen: „Es lebe die kommunistische Internationale!“ „Es lebe die kommunistische Partei Ungarns!“ „Es lebe die revolutionäre Arbeiterbewegung in Ungarn!“ „Nieder mit der bürgerlichen Rechtsdiktatur in Ungarn!“ usw.

Der Vorsitzende verhängte über eine Reihe von Angeklagten 4 bis 5 Tage Dunkelzelle.

Nach der Verlesung des Urteils die Angeklagten von einer starken Polizeitruppe eskortiert, abgeführt wurden, langten sie die Internationale.

Die Trennung von der Partei

Die Führer der Opposition in der KP der Sowjetunion haben sich endgültig gegen die Partei entschieden. Sie versprachen die Auflösung ihrer Fraktionen in zwei Erklärungen und bauten ihre Fraktionsorganisation bis zur Errichtung illegaler Druckerien aus. Sie erklärten die Verbindung mit den aus der KP ausgeschlossenen Verleumdern der Sowjetunion für unzulässig und gaben ihnen gleichzeitig vertrauliches Material und Informationen. Sie gaben Loyalitätserklärungen gegenüber der Partei ab und konspirierten zugleich gegen sie mit parteifeindlichen, parteilosen Elementen, die ihrerseits enge Verbindung mit offen konterrevolutionären Offizieren unterhielten. Sie berufen sich auf Lenin und tun alles, um die ideologischen und organisatorischen Grundlagen des Leninismus zu zerstören. Sie predigen die Mißachtung aller Befehle der Partei, sie rütteln bereits an den Geheizen des Sowjetstaates und geben damit allen feindlichen Schichten des Landes ein Signal zur konterrevolutionären Sammlung und Tätigkeit, die nicht bei der „Plattform“ der Opposition Halt machen würde.

Die Opposition stößt den Ruf nach unbegrenzter Diskussionsfreiheit aus und appelliert damit an die kleinbürgerlichen Stimmungen, die die proletarische Diktatur lockern wollen. Der Schrei nach Diskussionsfreiheit ist nicht geboren aus dem Willen, die abweichende Auffassung in den Parteileitungen oder den Zellen, deren Mitglieder die Oppositionellen sind, zu vertreten, denn dieses Recht hat die Opposition gehabt. Es ist vielmehr der Versuch — plump und frech zugleich —, die falschen und für die Revolution schädlichen Auffassungen einer verhängnisvollen Minderheit der Partei mit Hilfe der Gesamtpartei, durch ihre Organisationen und ihre Presse in die Millionenmassen des Proletariats hineinzutragen. Es wäre verhängnisvoll, würde eine bolschewistische Partei zu ihrer eigenen Schwächung und Desorganisation die Mittel liefern. Oder würden die Kommunisten in Deutschland nicht eine Forderung Maslows, sein Schandblatt mit dem irreführenden Namen als Beilage unserer Parteipresse zu drucken, mit Hohn gelächelt beantworten? Die Grenzen der Diskussion in einer kommunistischen Partei sind gesteckt durch die Interessen der Revolution. Bei dem Austritt einer nicht-kommunistischen Opposition in der Partei werden die Grenzen außerdem bestimmt von der Zweckmäßigkeitsfrage, inwieweit eine Diskussion zur Überwindung der falschen Auffassung oder der organisatorischen Erledigung einer Opposition notwendig ist. Dies gilt besonders für die Partei, die die Diktatur des Proletariats führt, den sozialistischen Aufbau unter kapitalistischer Umzingelung leitet und die eiserne Kraft der Verteidigung des Landes gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen ist.

Die Opposition ist in der gesamten KPSU auf eine einheitliche Ablehnung gestoßen. Hat sie sich diesem Ruf der Partei — noch ihrer Partei — gefügt? Sie hat es nicht getan. Zu ihren bisherigen Vergehen fügte sie eine neue Schandtat. Sie appellierte gegen die Partei an „alle“. Sie suchte sich den zehnten Jahrestag des Bestehens der Sowjetunion aus, um mit ihren Reden, mit ihren Demonstrationen offen die Feindschaft gegen die Partei auf die Straße zu tragen. Gewiß wurden die Oppositionellen von den Arbeitern verjagt. Gewiß waren sie in dem Millionenheer revolutionärer Arbeiter nur ein Sandkorn. Aber nicht darum handelt es sich. Keine revolutionäre Partei kann eine solche Opposition in ihren Reihen dulden, die sich offen als feindliche Macht etablieren will, die bereits das Banner der zweiten Partei auf die Straße trägt. Für ihre bisherigen Vergehen sind die oppositionellen Führer teils aus den Leitungen der KP und der KPSU, teils aus der Partei ausgeschlossen worden. Mit diesem letzten Schritt zerreißen Trocki und Sinowjew die Bande, die sie mit der Partei verknüpfen. Das ist der Zustand, wie er sich infolge der Handlungen der Opposition am zehnten Jahrestage der Machteroberung durch das russische Proletariat unmittelbar vor dem 15. Parteitag der Bolschewiki ergibt. Wer so handelt, muß die Konsequenzen tragen. Wer mit diesen Mitteln gegen die Grundlagen unserer Partei kämpft, wird sich nicht zu wundern brauchen, wenn die Partei ihn mit einem Rud aus ihren Reihen entfernt. Wer, wie einige Führer der Opposition, die Befehle des Sowjetstaates neben denen der Partei mißachtet, wird sich auch nicht zu wundern brauchen, wenn der proletarische Staat ihn in die Schranken weist.

Die Opposition wurde mit Geduld und Langmut behandelt. Sie hat jahrelang langsam ihre Vorbereitungen getroffen. Sie hat nicht nur in der Sowjetunion die Durchführung der großen Aufgaben unserer russischen Bruderpartei gehemmt, sondern auch alles getan, um die anderen Sektionen, insbesondere die deutsche, in Schwierigkeiten zu bringen. Daß dieses mißlang, ist nicht ihr Verdienst, sondern zeigt nur ihre Schwäche. Sie ist objektiv eine Kraft, die der Sozialdemokratie die Befreiung der Arbeiter an den Kapitalismus erleichtert, indem sie die Sowjetunion und die KP distinkt. Sie entwickelt sich zu einem Spekulations- und Ausnützungsobjekt der ausländischen Imperialisten und der feindlichen Klassenkräfte in